

lichkeit er arbeitsrechtliche Schwierigkeiten wiederverheiratet Geschiedener wegen des Widerspruchs zwischen kirchlicher Norm und persönlicher Lebensführung auf die gleiche Erosionsstufe stellte wie die Schrumpfung evangelischer Gottesdienstgemeinden auf 5 (EKD-Durchschnitt) bis 2 Prozent (Großstädte) der Kirchenmitglieder. Zu Campenhausen fehlte das katholische Pendant, zu Mikats Reminiscenzen über Wilhelm Böhler das evangelische, denn so einfach, wie es bei Mikat erschien (er schränkte selbst sein, die Quellenlage sei auf evangelischer Seite noch nicht so erschlossen wie auf katholischer), dürfte bei der Entstehung des Grundgesetzes die Interessensangleichung der evangelischen an die katholische Kirche nicht gewesen sein.

Aber auch sonst fehlte einiges. Vor allem eine *Prospektive*. Kein geringerer mahnte das an als der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der die gesamte Tagung fast noch aufmerksamer begleitete als der Bundespräsident. Zeitgeschichtler hängen offenbar doch an der Rückschau bzw. an dem, was von der Gegenwart bereits zu Geschichte geronnen ist, und fragen weniger nach dem, was sich jeweils aktuell entwickelt. Der Hinweis Herzogs, die neuere Wahl- bzw. Parteienentwicklung könnte die im Grundgesetz angelegte und als stark gedachte Kanzlerdemokratie bald in eine Koalitionendemokratie verwandeln, in der der Kanzler nicht in erster Linie durch Wahlen bestimmt, sondern in Koalitionsbildungen „ausgehandelt“ wird, war schon das Konkreteste, was an Vorschau auf mögliche Entwicklungen geboten wurde. Und da vornehmlich nicht faszinierende, aber einleuchtende Generalbilanzen gezogen wurden, das Leben der Kirche unter dem Grundgesetz aber nur ganz fragmentarisch und was die Christen – nicht die Kirchen als Institutionen – zum Grundgesetz beigetragen haben und wie Christen die Verfassungswirklichkeit des Grundgesetzes leben und welche Aufgaben sie in ihr haben, überhaupt nicht zur Sprache kam, das Thema aber „Christen und das Grundgesetz“ hieß, wurde dieses über weite

Strecken schlicht verfehlt. Auch dies beanstandete – gegen Schluß – der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz. se

## *Eine Tote als Symbol*

*Finden die Donauvölker wieder näher zueinander?*

Die Reise Kaiserin Zitas, der Witwe Kaiser Karls, des letzten von 1916 bis 1918 regierenden Habsburgischen Monarchen, zu ihrer letzten Ruhestätte in der Wiener Kapuzinergruft war – zeitlich gesehen – lang. Am 14. März starb die Kaiser-Witwe aus dem Hause Bourbon-Parma im bündnerischen Zizers, wo sie nach langem wechselvollem Exil seit 1962 in symbolischer Nähe zu Österreich lebte. Am 1. April erst wurde sie nach einer Zwischenaufbahrung in Klosterneuburg und nach einem Pontifikalrequiem im Stephansdom beigesetzt. Der Aufwand um ihre Beerdigung, durch eine geschickte Regie des Hauses Habsburg und dessen Freunden im österreichischen und internationalen Hochadel arrangiert, stand in einem seltsamen Kontrast zu den bescheidenen Verhältnissen, in denen die Kaiserliche Familie und vor allem die Verstorbene selbst seit dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches, der Vertreibung aus Österreich und der Konfiszierung des Habsburgischen Vermögens lebte. Ein „Volksbegräbnis“ ohne Staatsakt sollte es, wohl auch im Sinne gezielter Vorplanung der Verstorbenen selbst, werden. Zu einem Medienereignis erster Güte ist es dann, und so war es wohl auch einkalkuliert, tatsächlich geworden. Die Kameras des ORF leuchteten das Zeremoniell selbst dort aus, wo die Würde des Todes Diskretion geboten hätte.

Man fühlte sich an die wochenlange Staatstrauer um den Tenno Wochen vorher erinnert. Aber was als Ausdruck japanischer Tradition und angesichts des Todes eines regierenden Herrschers noch Sinn gab, auch wenn dessen Gott-Königtum durch den

Gang der Geschichte längst auf menschliches Maß herabgesetzt war, welchen Sinn gab das höfisch-barocke Trauerzeremoniell noch angesichts des Todes der letzten Repräsentantin einer Monarchie, die als Herrschaft und Staatsgebiet bereits vor gut 70 Jahren ihr Ende gefunden hatte?

Bloßer Tribut also an vergangene Größe, in der sich das kleine Österreich um so lieber sonnt, je weiter die kaiserliche Vergangenheit wegrückt und je bescheidener sich die höchst gegenwärtigen politischen Verhältnisse in der Alpenrepublik darstellen? Abbitte Österreichs an der einstigen Herrscherfamilie, mit der die Republik, die erste wie die zweite, in der Gestalt der 1919 in Kraft gesetzten Habsburger-Gesetze ganz und gar nicht großzügig umgegangen war? Erst 1982, bereits 90jährig, konnte die Kaiser-Witwe wieder zum erstenmal Österreich besuchen, ohne daß ihr im Gegensatz zum Thronfolger, dem heutigen CSU-Europaabgeordneten *Otto Habsburg*, ein formeller Verzicht abverlangt worden war. Die Republik hielt sich auch im Gegensatz zur Kirche – Kardinal *Groer* hielt das Pontifikalrequiem, Kardinal *König* nahm die Einsegnung vor, Nuntius *Cecchini* kondolierte im Namen des Papstes der „kaiserlichen und königlichen Hoheit“ Otto Habsburg –, wenigstens soweit sie durch Sozialisten vertreten wird, auch jetzt zurück. Wiens Bürgermeister *Zilk* war der einzige SPÖ-Politiker von Rang, der im Stephansdom zu sehen war. Aber nicht nur der ehemalige Bundeskanzler *Bruno Kreisky* fand freundliche Worte für die Verstorbene und das Haus Habsburg und unfreundliche gegen frühere Größen seiner Partei, die den Habsburgern gegenüber ideologisch überzogen hätten. Oder war die „pompe funèbre“ und ihre Skurrilitäten, mit der die verstorbene Greisin umgeben wurde, schlichte Konzession an eine am Schaugepränge sich delektierende Bevölkerung, mehr nekrophiles Schauspiel als fiktive Rückholung von Vergangenheit?

Es war wohl von alldem etwas und vor allem ein Stück Wiedergutmachung an einer Person der Zeitgeschichte, von

der niemand mehr etwas zu befürchten hatte, die aber trotz aller zugefügten Unbill ihre Rolle nicht nur legitimistisch zu Ende spielte, sondern trotz Vertreibung und erst spät gewährter Rückkehr gerade in schwierigsten Zeiten immer zugunsten Österreichs sprach und half, wo sie nur sprechen oder durch Bittgänge bei anderen, bei Amerikanern z. B., helfen konnte. Die ehemals ungeliebte, verdächtige, in ihrem Friedenswillen mißverständene, ja des Verrats bezichtigte („Sixtusbriefe“) „welsche“ Gemahlin des letzten Kaisers – sie hat von Österreich bis an ihr Lebensende nicht gelassen. Dies wurde wenigstens der Toten, wenn schon nicht der Lebenden, gutgeschrieben.

Aber dies alles wäre geschichtlicher Notierung kaum wert, hätte es sich nicht gefügt, daß der Umgang mit dem Tod der Kaiserwitwe zu einem zeitgeschichtlichen Symbol besonderer Art geworden ist. Im Wiener Kondukt schritten ungarische Bischöfe neben österreichischen. In der Matthias-Kirche, der Krönungskirche am einst königlichen Schloß in Buda, zelebrierte der ungarische Primas zwei Tage nach der Beisetzung Zitas in Wien für die letzte ungarische Königin in Anwesenheit der Familie Habsburg ein Requiem. Und auch dort konnte die Kirche die Teilnahmewilligen nicht fassen. Noch vor wenigen Jahren wäre so etwas überhaupt nicht denkbar gewesen. Jetzt wirkte alles schon wie selbstverständlich. Oder war auch das nur Nostalgie? Wohl doch nicht. Weder in Wien noch in Budapest hat jemand Ernstzunehmender die Habsburgische Monarchie herbeigesehnt.

Aber ein Stück einstiger Doppelmonarchie trat in einer Situation für einige Augenblicke sichtbar ins Gedächtnis, in der es die politischen Verhältnisse wieder erlauben, daß verschiedene Völker der ehemaligen Monarchie – noch nicht alle – wieder näher zueinander finden können. Der Tod der Witwe des letzten Herrschers in Habsburgs „Völkerkerker“, der bei aller Illiberalität und trotz der vielen nationalen Widersprüche so sehr Völkerkerker dann doch nicht war – ein Zeichen der Öffnung des ihm in Stufen gefolg-

ten kommunistischen Völkerkerkers, die sich Gorbatschowscher Perestrojka verdankt? Die Entwicklung dürfte bald eine profanere Fortsetzung finden, wenn Wien und Budapest, woran kaum noch zu zweifeln ist, zum gemeinsamen Ort der Weltausstellung 1995 werden.

## Agitation

### *KJG, Pax Christi und ein Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung*

Zwei katholische Verbände hielten es in den letzten Wochen für angebracht, die im März veröffentlichte Gemeinsame Erklärung der Abteilung Jugend der Industriegewerkschaft Metall und der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner mit ihrem Aufruf zur „massenhaften, hunderttausendfachen Kriegsdienstverweigerung“ gegen Kritiker in Schutz zu nehmen. Das Präsidium der deutschen Sektion von *Pax Christi* stellte am 1. April fest, die Erklärung von IG Metall und DFG-VK bestätigte die eigene Position. Wer sich zur Kriegsdienstverweigerung bekenne, habe das Recht, dies öffentlich kundzutun und gemeinsam mit anderen dazu aufzurufen, daß möglichst viele Wehrdienstpflichtige diesem Beispiel folgten. Der Bundesleiter der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG), *Michael Kröselberg*, veröffentlichte am 30. März eine Stellungnahme, in der es u. a. hieß, die an die Adresse der IG Metall / DFG-VK gerichteten Vorwürfe seien ein Zeichen dafür, „daß die Bundesregierung und offenbar auch viele andere Verantwortliche in den Parteien und Gewerkschaften offenbar politisch nicht gewillt sind, zur Kenntnis zu nehmen, daß eine Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die nicht mehr von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen wird und die elementaren Lebensinteressen von Jugendlichen entgegensteht, den Protest und Widerstand geradezu herausfordert“. Die KJG werde sich auch weiterhin mit anderen kirchlichen und gesellschaftlichen Organisationen für

eine kritische Haltung gegenüber dem „Normalfall Bundeswehr“ einsetzen.

Es ist das gute Recht von Pax Christi als katholischer Friedensorganisation wie der KJG als eines katholischen Jugendverbandes, dessen Mitglieder vom Thema Kriegsdienstverweigerung direkt betroffen sind, das grundgesetzlich verankerte Recht zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu verteidigen und Zivildienstleistende gegen ungerechte Vorwürfe oder Unterstellungen in Schutz zu nehmen. Allerdings sollte man dabei in der Wahl seiner *Bundesgenossen* strengere Maßstäbe anlegen: Die Erklärung der IG-Metall-Jugend und der DFG-VK mit ihrem aggressiven Ton und ihrer undifferenzierten Argumentation, die innerhalb des DGB für erhebliche Unruhe sorgte (die IG-Metallführung und weitere Einzelgewerkschaften distanzieren sich von dem Text; die neue IG-Medien stellte sich dagegen hinter die Erklärung) war ein denkbar ungeeigneter Anlaß für katholische Verbände, um Solidarität mit Zivildienstleistenden zu demonstrieren und Anfragen an die offizielle Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu richten.

Dazu kommt ein Zweites: Es genügt nicht, Kriegsdienstverweigerung als prophetisches Zeichen herauszustellen, durch das Christen ihren Glauben an den Gott des Friedens und ihre Bereitschaft zur Versöhnung und zum Abbau von Gewalt in besonderer Weise sichtbar machen können. Vielmehr braucht es auch einen klaren Blick für die politische Gesamtsituation, in die hinein ein solches Zeichen gesetzt oder auch nicht gesetzt wird. Wer heute seinen Wehrdienst in der Bundeswehr ableistet oder Berufsbzw. Zeitsoldat wird, kann durchaus die Hoffnung haben, daß die politische Konfrontation zwischen den Blöcken in Europa weiter abgebaut wird und daß es in absehbarer Zeit zu substantiellen Abrüstungsschritten kommt, auch wenn es sich dabei um einen schwierigen und risikoreichen Weg handelt. Er kann seine Aufgabe vor allem darin sehen, den Prozeß der Entspannung durch das Mittel der militärischen Abschreckung abzusi-